



## **Alternativantrag**

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu „Unsere Wirtschaft unterstützen – Wachstumschancen stärken“ (Drucksache 20/1366)

### **Unsere Wirtschaft unterstützen – Bürokratie abbauen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die multiplen Krisen, wie die Corona-Pandemie, die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, die Inflation und der Fachkräftemangel, die schleswig-holsteinische Wirtschaft stark belasten. Eine florierende Wirtschaft schafft Arbeitsplätze, erzeugt Wohlstand und bringt Steuereinnahmen für die öffentlichen Kassen. Aus diesem Grund und um die notwendige Transformation der Wirtschaft zur Klimaneutralität zu unterstützen, sind staatliche Entlastungsmaßnahmen sinnvoll, um die Wirtschaft in dieser schwierigen Lage zu stärken.

Der Entwurf des Wachstumschancengesetzes der Bundesregierung enthält im Grundsatz sinnvolle Einzelmaßnahmen, um die Wirtschaft zu unterstützen.

Gleichzeitig steht aber der Landeshaushalt, wie andere öffentliche Haushalte auch, vor großen Herausforderungen. Die Schuldenbremse gilt es dabei einzuhalten. Daher können grundsätzlich nur Ausgaben getätigt werden, die auch durch Einnahmen gedeckt sind. Von den mit dem Gesetzentwurf verbundenen Steuermindereinnahmen von über 7 Mrd. Euro entfallen über 60 Prozent auf Länder und Kommunen. Das ist aus schleswig-holsteinischer Perspektive nicht finanzierbar.

Notwendig sind außerdem schnellstmöglich Maßnahmen, um Bürokratie abzubauen. Denn Bürokratie lähmt nachweislich wirtschaftliches Handeln, stellt einen Wettbewerbsnachteil dar und belastet sowohl die Wirtschaft als auch die öffentliche Hand.

Der Landtag bittet die Landesregierung daher, sich dafür einzusetzen, dass Länder und Kommunen deutlich weniger belastet werden, dass keine zusätzlichen bürokratischen Belastungen entstehen, dass die steuerlichen Entlastungen zielgenau und nachhaltig wirken sowie den Umbau der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität beschleunigen. Insbesondere sollte die grundsätzlich sinnvolle Investitionsprämie für Klimaschutzinvestitionen nicht über die Finanzämter abgewickelt werden.

In diesen Zeiten gilt es, die Wirtschaft und die öffentliche Hand nicht zusätzlich mit Bürokratie zu belasten und wo immer es möglich und sinnvoll ist, Bürokratie abzubauen.

Ole Plambeck  
und Fraktion

Oliver Brandt  
und Fraktion